

Für eine neue Politik

Autor(en): **Weber, Max**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **29 (1937)**

Heft 1: **Richtlinien für eine neue Politik**

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352841>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Für eine neue Politik.

Von M a x W e b e r.

Der Zweck der Richtlinien

besteht darin, eine neue Politik zu verwirklichen. Ist es notwendig, das einlässlich zu begründen? Heute, wo wir in der Schweiz in einem wirtschaftlichen Schlamassel stecken, heute, wo die Politik der eidgenössischen Behörden fast auf allen Gebieten versagt, heute, wo Bundesrat und Bundesversammlung der Spannung, die zwischen ihnen und dem Volk besteht, nur noch mit Vollmachten, Dringlichkeitsbeschlüssen und Polizeigesetzen zu begegnen wissen, was selbstverständlich das Misstrauen und die Spannung nur erhöht und die Demokratie in ernste Gefahr bringt. Angesichts dieser Lage, erübrigt es sich wohl, das näher zu erläutern. Die Notwendigkeit einer Kursänderung der Wirtschaft und der allgemeinen Staatspolitik wird kaum von jemand ernsthaft bestritten werden können.

Wie die neue Politik aussehen soll in sachlicher Beziehung sagen die Richtlinien selbst in ihren Forderungen. Sie wollen eine aufbauende Politik, Aufbau der Produktion und Aufbau der Einkommen, an Stelle der Politik des Abbaus, die man sogar nach der Abwertung fortzusetzen sucht. Sie erstreben — und besonders das ist etwas Neues — an Stelle des Kampfes zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Interessen einen möglichst gerechten Ausgleich. Das gilt namentlich für die Beziehungen zwischen Arbeitern und Angestellten einerseits und den Bauern und Gewerbetreibenden auf der andern Seite. Deshalb wird in den Richtlinien das Einkommen aus Preisen, soweit es Arbeitsverdienst ist, prinzipiell gleich behandelt wie das Lohn-einkommen, und es wird die gegenseitige Abhängigkeit von Preisen und Löhnen anerkannt und für beide Teile, unselbständig wie selbständig Erwerbende, ein ausreichender Arbeitsverdienst erstrebt. Eine sozial gerechte Politik wird aber die wirtschaftlich Starken zu solidarischer Hilfeleistung zugunsten der Schwachen heranziehen müssen. Das wird nicht so glatt gehen, sondern die «Front der Eidgenossen eigener Kraft» wird den Kampf bis zum äussersten führen.

Wer steht hinter den Richtlinien?

Nun kommt es selbstverständlich nicht nur auf den Text der Richtlinien an, sondern darauf, was damit gemacht wird. Von ausschlaggebender Bedeutung ist daher die Frage: Welche Kräfte werden sich einsetzen für diese neue Politik?

Es sind in erster Linie die Verbände, die die Richtlinien aufgestellt haben. Und das sind Organisationen, die mit der Unterstützung einiger kleinerer Gruppen im Kampf für die Kriseninitiative 425,000 Stimmberechtigte für ihre Forderungen gewinnen konnten. Seither hat sich die Schlagkraft dieser Organisationen nicht vermindert, und das Vertrauen, das sie im Volk genießen, ist jedenfalls durch die Tatsache, dass die Ereignisse ihnen in allem recht gegeben haben, nicht verkleinert worden.

Auch darf wohl ohne Ueberhebung gesagt werden, dass diese Organisationen bisher gezeigt haben, dass es ihnen weder um schöne papierene Programme noch um irgendwelche politische Ambitionen zu tun ist, sondern um die *S a c h e*, und dass sie alles einsetzen werden, was der Verwirklichung der Sache dient.

Diese « Gründerorganisationen », wie man sie nennen könnte, stehen jedoch nicht allein. Schon haben weitere Organisationen, wirtschaftliche und politische, ihre Mitarbeit beschlossen oder in Aussicht gestellt. Wir hoffen, dass sich daraus eine Verbreiterung und Stärkung der Bewegung ergeben wird. Willkommen sind alle Organisationen, Gruppen und auch einzelne Persönlichkeiten, die die Grundsätze und die praktischen Forderungen der Richtlinien anerkennen und die ehrlich bei ihrer Durchführung mithelfen wollen.

Schwierigkeiten.

Natürlich hat die Richtlinienbewegung noch mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen. Hätte sie das nicht, so müsste man sich fragen, ob sie etwas wert sei; denn jeder grossen Idee legen sich Berge von Schwierigkeiten in den Weg. Doch die Schwierigkeiten sind da, um überwunden zu werden. In erster Linie muss man sie kennen, damit man sie aus dem Wege räumen kann.

Eine Hauptschwierigkeit ist das *M i s s t r a u e n*, das zwischen verschiedenen Gruppen des Volkes und namentlich auch zwischen verschiedenen Bewegungen noch herrscht. Im Laufe einer bald dreijährigen Zusammenarbeit ist indessen schon sehr viel von diesem Misstrauen abgetragen worden. Es besteht aber heute noch, vor allem bei jenen Organisationen, die ausserhalb der Richtlinienbewegung stehen.

Es gibt zwei Arten, wie man sich zu andern Menschen verhalten kann. Entweder traut man jedem, bis man erfahren hat, dass der andere dieses Vertrauen nicht verdient, oder man misstraut ihm, solange er nicht den Beweis erbracht hat, dass man ihm trauen darf. Würde die erste Methode allgemein angewendet werden, so stände das gesellschaftliche Zusammenleben trotz manchem Reifall, der passieren würde, wahrscheinlich auf einer erheblich höheren Stufe. Leider kommt im politischen Leben fast nur das zweite Rezept zur Anwendung, wobei man dem Gegner gewöhnlich gar keine Gelegenheit gibt, zu beweisen, dass er ein anständiger Mensch sei, weil man diesen Beweis *g a r n i c h t* will.

Wir begreifen, dass hüben und drüben noch Misstrauen besteht, und wir verlangen von niemandem, dass er zustimmt, solange er nicht innerlich überzeugt ist. Nur das dürfen und müssen wir verlangen von jedem anständigen Menschen, auch wenn er unser politischer Gegner ist: dass er die Tatsachen einigermaßen objektiv beurteilt und nicht mit Unwahrheiten und Verleumdungen kämpft.

Am meisten Diskussionsstoff liefert der gegnerischen Presse der Beschluss des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der dem Parteitag die Anerkennung der Richtlinien empfiehlt. Das bietet den rechtsstehenden Blättern Gelegenheit, ihren ganzen Kramladen alter Schlagworte wieder auszupacken: Da sehe man es, dass es sich nur um ein parteipolitisches Manöver handle; die Richtlinien seien dazu bestimmt, eine Bresche ins Bürgertum zu schlagen; es werde eine Konzentration nach links erfolgen; die Richtlinienbewegung sei nichts anderes als das Mittel, um der Sozialdemokratie zur Macht zu verhelfen. Wir kennen diese Ladenhüter ja noch aus der Zeit des Kampfes um die Kriseninitiative.

Zunächst ist den Bürgerlichen, die diese Vorwürfe erheben, die Frage zu stellen: Mit welcher Begründung wollen sie der Sozialdemokratischen Partei das Recht abstreiten, den Richtlinien zuzustimmen? Jahrelang haben sie den Sozialdemokraten den Vorhalt gemacht, dass sie nicht auf dem Boden der Demokratie stehen und die Landesverteidigung ablehnen. Nachdem nun die Sozialdemokratie unter dem Einfluss der grossen internationalen Veränderungen sich zu einem andern Standpunkt durchgerungen hat, bekommt man fast den Eindruck, als ob das ihren Kritikern viel unerwünschter sei als ihre frühere Stellungnahme. Doch die bürgerlichen Parteien müssen sich klar bewusst sein, dass sie auf die Dauer nicht regieren können ohne die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Es ist nicht nur ein Unrecht, die Arbeiterschaft von der Mitarbeit im Staate auszuschliessen, es ist das auch eine sehr ernste Gefahr für die Demokratie. Das Bürgertum kann allein dem Faschismus nicht standhalten. In der Schweiz ist das so wenig der Fall wie in Deutschland, Oesterreich oder Italien. Die demokratisch gesinnten bürgerlichen Kreise müssen sich mit der Arbeiterschaft zusammentun, wenn sie die Demokratie erhalten wollen. Und es muss ganz klar ausgesprochen sein, dass alle, die weiterhin für eine Regierung ohne und gegen die demokratisch gesinnte Arbeiterbewegung eintreten, bewusst oder unbewusst die Gehilfen des Faschismus sind.

Nun lautet ein Einwand: Die sozialdemokratische Partei kämpfe um die politische Macht. Zuerst wäre die Frage zu stellen: Welche politische Bewegung kämpft denn nicht um die Macht? Es ist besonders erheiternd, wenn jene, die die politische Macht in den Händen haben und nichts davon preisgeben wollen, den andern diesen Vorwurf machen. Gewiss wird jede Partei ver-

suchen, ihren Machtbereich zu vergrössern. Allein wir erklären mit aller Deutlichkeit, dass die Richtlinienbewegung nicht dazu da ist, der einen oder andern politischen Bewegung zur Macht zu verhelfen. Es mag einzelne Parteivertreter geben in dieser oder jener Bewegung, die solche Absichten haben. Es mag auch da und dort ein solcher Versuch unternommen werden. Doch die Gründerverbände werden jeden Missbrauch der Richtlinienbewegung für parteipolitische Zwecke mit aller Rücksichtslosigkeit bekämpfen. Sie würden auch nicht davor zurückschrecken, eine Bewegung, die sich nicht zu loyaler Mitarbeit verstehen kann, auszuschliessen. Die Tatsache, dass starke Wirtschaftsverbände, die keine politischen Aspirationen haben, das Rückgrat der Richtlinienbewegung darstellen, ist unseres Erachtens die beste Garantie gegen jeden politischen Missbrauch, von welcher Seite er kommen mag.

Wenn der Beitritt der Sozialdemokratie die links gerichteten Elemente in der Richtlinienbewegung stärken würde, so wäre das gerade die Schuld derer, die draussen bleiben und kritisieren. Allein es kann jetzt schon festgestellt werden, dass von einer einseitigen Zusammensetzung keine Rede sein kann. Die Organisationen, die auf einem überparteilichen Boden stehen und die politisch bürgerlich gerichteten Gruppen haben eine überwiegende Mehrheit innerhalb der Richtlinienbewegung. Es darf und es wird übrigens nicht um parteipolitisch abgestempelte Ziele gehen, sondern um die Verfechtung gemeinsamer Interessen und um die Erstrebung gemeinsamer Ziele.

Einzelne bürgerliche Zeitungen verweisen ferner auf die Tatsache, dass es innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften einzelne Leute gibt, die die politischen Grundsätze der Richtlinien nicht anerkennen wollen, und sie erklären, eine Zusammenarbeit mit diesen Organisationen komme nicht in Frage, solange ihnen solche Leute angehören. Darauf antworten wir ganz offen: Die Richtlinien verlangen die Anerkennung der Grundsätze durch die Organisationen selbst und ihre Organe, was nicht ausschliesst, dass einzelne Mitglieder anderer Meinung sein können. Wir stehen auf dem Boden der Gedankenfreiheit und lehnen Methoden, wie sie im Dritten Reich angewendet werden, entschieden ab. Wer die Statuten und Beschlüsse des Gewerkschaftsbundes anerkennt und loyal mitarbeitet, der kann Mitglied einer Gewerkschaftsorganisation sein; nach seiner Weltanschauung fragen wir nicht. Auch eine Partei kann Mitglieder haben, die mit ihren Tendenzen nicht in allem einverstanden sind. Es ist Sache dieser Organisationen, darüber zu befinden, wie weit die Mitgliedschaft von Leuten, die anderer Meinung sind, für sie tragbar ist oder nicht. Wir lehnen eine Gleichschaltung ab, und wir verbitten uns Zumutungen nach dieser Richtung, die von aussen kommen sollten. Uebrigens haben wir auch nie erklärt, dass, wenn beispielsweise eine freisinnige Organisation bei den

Richtlinien mitarbeiten möchte, sie zuerst alle jene auszuschliessen habe, die nicht auf dem Boden der Richtlinien stehen; sonst müsste sich das in allererster Linie wenden gegen jene Journalisten, die unverhohlen ihre Sympathien zu Mussolini, General Franco und andern Diktatoren zum Ausdruck bringen. Doch auf die Meinung einzelner darf nicht abgestellt werden. Entweder hat man Vertrauen zu einer Organisation und ihrer massgebenden Leitung oder man hat sie nicht, ganz unabhängig von der Einstellung einzelner Personen.

Von anderer Seite werden Befürchtungen geäussert, es könnten die Richtlinien verwässert oder deren Ausführung gehemmt werden durch den Beitritt von Bewegungen, die innerlich nicht auf diesem Boden stehen. Wir glauben nicht, dass eine solche Gefahr ernstlich besteht. Auch da wären die Bewegungen, die alles Interesse an der praktischen Verwirklichung dieser neuen Politik haben, stark genug, um eine offene oder versteckte Sabotage zu verhindern.

Es werden zweifellos noch zahlreiche Schwierigkeiten auftauchen, und es ist deshalb gut, wenn man sich vor Illusionen hütet. Allein wir sind der festen Zuversicht, dass es dem guten Willen aller Beteiligten gelingen wird, diesen Schwierigkeiten Herr zu werden.

Die Arbeit hat begonnen.

Durch die Abwertung ist die ganze wirtschaftliche und soziale Entwicklung in beschleunigten Gang gekommen. Eine Unmenge von Problemen sind brennend oder neu aufgeworfen worden. Die bisherige politische und wirtschaftliche Führung vermag diese Probleme nicht zu meistern. Es ist daher dringend nötig, die Arbeit im Sinne der Richtlinien sofort an die Hand zu nehmen.

Aus diesen Gründen haben die Verbände, die die Richtlinien aufgestellt haben, sofort einige Aktionen eingeleitet, die ihnen besonders dringlich schienen. Man hat ihnen deswegen vorgeworfen, sie stellen die Gruppen, die noch beitreten möchten, vor vollendete Tatsachen. Dieser Vorwurf ist unbegründet und kann nur von Leuten erhoben werden, die die Programmforderungen gar nicht verwirklichen wollen. Viel schlimmer wäre der Vorwurf, dass die Richtlinienbewegung den Ereignissen untätig zusehen würde.

Es sind bisher drei Vorstösse unternommen worden in Form von Eingaben an den Bundesrat, die unterstützt wurden durch im Parlament eingereichte Vorschläge und durch mündlich bei den zuständigen Stellen vorgebrachte Begehren. Es handelt sich um einen Vorstoss zugunsten planmässiger und stark vermehrter öffentlicher Arbeitsbeschaffung, um die Forderung nach Beibehaltung des bisherigen Brotpreises und nach sofortiger Erhöhung des Milchpreises für die Produzenten

ohne Belastung der Konsumenten und schliesslich um den Vorschlag auf Erhebung einer eidgenössischen Abwertungs-gewinnsteuer. Wir veröffentlichen diese drei Eingaben in diesem Heft der « Gewerkschaftlichen Rundschau ». Sie dienen alle dem gemeinsamen Ziel: Es soll Hilfe gebracht werden für jene Volkskreise, die am schwersten unter dem Krisenelend leiden; es soll die einsetzende wirtschaftliche Erholung gefördert werden, und es sollen die Finanzmittel zur Erfüllung dieser Aufgaben dort geholt werden, wo sie am leichtesten getragen werden können.

Natürlich sind das erst einige der dringlichen Aufgaben. Daneben bestehen andere Aufgaben, die ebenfalls so rasch wie möglich angepackt werden müssen. Immerhin ist nicht die Zahl der Eingaben und ihre Länge entscheidend, sondern die Kraft, die für die Verwirklichung der Forderungen eingesetzt werden kann. Sie hängt aber ab von der Aufklärungsarbeit, die im ganzen Land herum von allen Gruppen, die auf dem Boden der Richtlinien mitarbeiten, geleistet wird.

Wozu die Richtlinien?

Von Dr. A. G a d i e n t.

Wenn die politische und besonders die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre auch zu schweren Sorgen Anlass gab, fehlt es andererseits doch nicht an verschiedenen Lichtblicken. Als erfreulichen Gewinn betrachten wir vor allem die immer weiter vordringende Erkenntnis, dass die Schweiz als Demokratie erhalten werden muss oder überhaupt aufhört zu existieren.

Nicht minder wichtig ist die Einsicht, dass diese Demokratie nur mit demokratischen Mitteln verteidigt und ausgebaut werden kann, da die Versuche gewaltsamer Aenderung, Umsturz und Revolution nicht bloss fast immer einen sozialen und wirtschaftlichen Rückschlag bringen, sondern die Demokratie als solche in Frage stellen. Es ist ja bedenklich genug, wie lange darüber auch bei uns Verwirrung herrschte, wie lange zur Linken in kritikloser Nachahmung ausländischer Bewegungen gespielt wurde mit dem Gedanken der plötzlichen Wendung, und wie zur Rechten, wieder unter deutlichem Einfluss fremder Ereignisse, ausgesprochen faschistische Neigungen sich zeigten.

Heute darf man hoffen, diese Verirrung und Verwirrung der Geister sei für einmal überwunden. Gleichzeitig erwacht auch die Ueberzeugung, dass keine extreme Lösung, weder ein kapitalorientierter Bürgerblock noch eine klassenkämpferische Einheitsfront, die Schweiz zu retten oder auch nur einen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg zu sichern vermag, dass vielmehr ein Zusammenschluss aller aufbauwilligen Kräfte nötig ist. Dabei